

Presseerklärung

als Stellungnahme zum Bericht „15.000 Euro für Windpark-Begehren ausgegeben“ vom 14.08.2024

Die Kosten von 15.000€ wurden nicht für das Bürgerbegehren ausgegeben, sondern zum Großteil, um es zu verhindern!

9.500€ für einen Rechtsanwalt, der nicht nötig gewesen wäre, wenn der Bürgerwille einfach geschätzt und ernst genommen worden wäre!

Die Broschüren und Plakate, die 1.200€ Kosten verursachten, waren inhaltlich NICHT neutral, sondern bezogen einseitig Stellung FÜR den Windpark. Lediglich die 4.600€ Portogebühren könnte man als korrekte Ausgaben für das Begehren anführen (eigentlich war es nicht das Begehren, sondern der Entscheid!).

Von den 15.000€, die man jetzt als Ausgaben für das Windpark-Begehren beklagt, hat man den Großteil unnötigerweise selbst gewollt, um die Meinung der Bürger zugunsten der Windparkprojekte zu beeinflussen!

Würden die Gemeinden und Gemeinderäte ihren Job mit gesundem Menschenverstand machen, anstatt der ideologischen Politik aus Berlin hörig zu sein, würden sie sich über alle relevanten Themen informieren, Kritik üben, sich für die Belange der Bürger interessieren und dafür einsetzen, bräuchte es kein einziges Bürgerbegehren!!!

Die Bürgerinitiative
Gegenwind Altötting

Altötting, 16.08.2024